

HG

M5144ac


Meinecke, Friedrich

1848 [i.e. Achtzehnhunder-
tachtundvierzig]



1848

EINE SÄKULARBETRACHTUNG
VON FRIEDRICH MEINECKE



Digitized by the Internet Archive
in 2009 with funding from
Ontario Council of University Libraries

1848

1848. Achtzehnhundertachtund-
vierzig

EINE SÄKULARBETRACHTUNG

VON FRIEDRICH MEINECKE
//

BEI LOTHAR BLANVALET IN BERLIN

HG

M5144ac

636283

28.5.56

*Diese Schrift wurde aus Anlaß der
Revolutionsfeierlichkeiten im März 1948
vom Magistrat von Groß-Berlin
herausgegeben*

Am 18. März dieses Jahres wird man, nach einem Jahrhundert ungeheuren Schicksalswandels, hinausziehen in den Friedrichshain und die Gräber der Märzgefallenen von 1848 reich mit Blumen und Kränzen schmücken. Ich kenne diesen Friedhof recht genau. Als Knabe kam ich 1871 mit meinen Eltern nach Berlin, und wir wohnten nahe dem Friedrichshain. Zwei Erlebnisse hatte ich damals, die mir heute symbolisch geworden sind. Ich sah von den Fenstern der Universität den Einzug der siegreichen Truppen und in ihrem Gefolge ein kleines Häuflein alter Herren — das waren die Veteranen von 1813, die noch lebten und diesen Triumphzug nun mit schmücken konnten. Und das andere Erlebnis, das war eben ein häufiger Spaziergang in den Friedrichshain, wo uns der Friedhof der Märzkämpfer wie ein unheimliches Überbleibsel einer überwundenen, schlechten und bösen Welt damals erschien. Hellster Sonnenschein dort, tiefdunkler Schatten hier. In diesem Kontrast bin ich aufgewachsen und mußte es nun im Lauf von sieben Jahrzehnten an mir erfahren, wie das, was früher Licht war, sich langsam, schließlich aber immer schneller umschattete, und das, was früher finster war, sich langsam aufzuhellen begann. Viele Gemütswerte, deren ein gesundes politisches Denken im tiefsten Grunde doch immer bedarf, gingen dabei in die Brüche, viel Resignation war nötig. Heute, in der unglücklichsten Lage unseres Volkes, folge ich mit nicht leichtem Herzen der ehrenvollen Aufforderung des Berliner Magistrats, als Historiker ein Wort der Säkularbesinnung nicht nur über das Ereignis des 18. März in Berlin, sondern über das ganze große deutsche Ereignis von 1848 zu sagen — und lege damit in Gedanken auch meinen schlichten Kranz an den Gräbern im Friedrichshain nieder.

Wie problematisch steht es doch heute nach dem Zusammenbruch des Bismarckschen Reiches und damit auch unseres bisherigen Bildes vom Aufbau der deutschen Geschichte mit eigentlich allen Säkularerinnerungen nationalen und politischen Gehaltes. Überall fehlt da ein allgemeiner Konsensus. Wenn die einen feiern möchten, wenden die anderen, sei es traurig, sei es unwillig, sich ab. Friedrich den Großen zu feiern? Bismarck zu feiern? Unmöglich heute: Man würde zwar ihrer in der Stille gedenken, aber mit wieviel Brechungen! Mit dem schauerlichen Ende des Dritten Reichs droht auch unsere Nationalgeschichte, wie wir sie bisher sahen, in Stücke zu zerbrechen. Ganz heil geblieben sind außer den höchsten Ideen von 1813 nur die großen Werke und Werte des deutschen Geistes. Das Goethejahr 1949 wird wieder ein deutsches Volk finden, das sich in Angst und Liebe um seinen größten Dichter, der ihm nicht geraubt werden kann, drängt. Ob es ihn freilich dabei tiefer verstehen lernt, wissen wir nicht.

Und nun die Berliner Märztage und das ganze Jahr 1848. Die Berliner Volkserhebung blieb, im Vordergrund gesehen, eine Episode, und das Wollen der für Fortschritt kämpfenden Männer aller Richtungen scheiterte und mußte scheitern. Die deutsche Revolution, sagt Friedrich Engels in seinen lehrreichen Artikeln von 1851/52 (die er unter dem Namen von Karl Marx in Amerika veröffentlichte), war eine Notwendigkeit, aber auch ihre zeitweilige Unterdrückung war ebenso unvermeidlich. Wir werden das noch zu begründen haben, richten jedoch unseren Blick zuerst auf die Berliner Erhebung und auf das Positive, was sie uns in unserer heutigen geschichtlichen Lage zu sagen vermag. Aber dafür müssen wir gleich etwas weiter ausgreifen.

Wir müssen uns heute die Frage nach den Scheidewegen in der deutschen Geschichte schärfer als bisher stellen, um den unendlich verzweigten Komplex unseres düsteren Schicksals tiefer zu verstehen. Die natürliche Aufgabe Deutschlands im 19. Jahrhundert war, nicht nur die Einheit der Nation zu erringen, sondern auch den bisherigen Obrigkeitsstaat umzuwandeln in den Gemeinschaftsstaat, das heißt,

das monarchisch-autoritäre Prinzip, womöglich durch friedliche Reform,
so zu erweichen, daß es zu einer lebendigen und wirksamen Teilnahme
aller Volksschichten an den Entscheidungen des Staatslebens kam. Das
wurde gebieterisch gefordert durch die soziale Um- und Neuschichtung
des Volkes, die im Gange war und die bisherigen aristokratischen
Grundlagen der autoritären Monarchie unterminierte. Ein Großbürger-
tum entstand, das Kleinbürgertum wuchs mächtig an Zahl, die Anfänge
des Industrieproletariats ließen um die Jahrhundertmitte auch dessen
gewaltiges Wachstum ahnen. Die Aufgabe nun, dies neugeschichtete
und an Lebenswillen überreiche Volk in einem neuen Gemeinschafts-
staate mit sich selbst in Einklang zu bringen, ist uns, im großen ge-
sehen, trotz mancher liberaler und demokratischer Zugeständnisse
seitens der alten Mächte mißlungen. Wo liegen nun die wichtigsten
Scheidepunkte der Entwicklung, an denen die Möglichkeit sich zeigte,
wo es vielleicht schon versucht, aber auch verhindert wurde, den Weg
zum Gemeinschaftsstaate anzutreten? Ich sehe vor allem drei solcher
Momente. Der erste liegt am Ende der preußischen Reformzeit, im
Jahre 1819, dem Jahre der Karlsbader Beschlüsse, wo mit Wilhelm
v. Humboldts und Boyens Entlassung auch die sehr fruchtbaren Ver-
fassungspläne der beiden begraben wurden und das autoritäre und
militaristische Prinzip in Preußen siegte. Der zweite Scheideweg, wo
dieses wiederum schließlich siegte, war das Jahr 1848. Und der dritte
Scheideweg war die preußische Konfliktzeit und das Jahr 1866, das
zwar die Sehnsucht nach nationaler Einheit und Macht zu befriedigen
vermochte, aber den liberalen und demokratischen Prinzipien nur Teil-
und Scheinerfolge gönnte und die autoritär-militaristische Zitadelle
des bisherigen Staatslebens den anwogenden Volksströmungen ver-
sperrte.

Von diesen drei Grundentscheidungen des 19. Jahrhunderts wurde die
erste durchgekämpft in dem engeren Kreise der Regierenden selbst,
zwischen hochsinnigen und weitsichtigen Staatsmännern auf der einen
und einem beschränkten Monarchen auf der anderen Seite. Die dritte

Entscheidung verlief als ein Duell zwischen dem liberalen Großbürgertum und Bismarck, wobei dieser enorm gewandte Fechter einen Teil seiner Gegner zu gewinnen verstand. An das Kampfmittel einer Revolution aber wagten in den Jahren vor 1866 seine fortschrittlichen Gegner nicht ernstlich zu denken — aus Angst, aus großbürgerlichen Instinkten. Da ist es nun das besondere, uns heute bewegende Schauspiel des zweiten Scheideweges, des von 1848, daß hier das ganze, nicht nur preußische, sondern deutsche Volk in allen seinen Schichten in stärkste Bewegung geriet, daß es zu einer wirklichen Revolution kam. Revolutionen, so furchtbar auch der Einbruch irrationaler Gewalten sein und sich auswirken mag, haben in bestimmten Fällen ihr tiefes geschichtliches Recht. Ein solches lag im Jahre 1848 für Deutschland und insbesondere Preußen vor. Es war zwar durchaus nicht alles, was zur alten, von der Revolution jetzt bekämpften Welt gehörte, nur Verfall oder Erstarrung. Die Biedermeierzeit mit ihren herrlichen Blüten des Geistes war vorausgegangen, der Zollverein, seit 1833, ein Werk des preußischen Beamtentums, gewährte die unumgänglichen Voraussetzungen für die Entfaltung der modernen Wirtschaftskräfte und damit auch für die soziale Umschichtung, aus der nun eben die Revolution entsprang. Der psychopathische Romantiker, der jetzt auf dem Hohenzollernthrone saß, war auch von heißer Liebe für Deutschland und deutsche Einheit erfüllt und bemüht, sie auf seine Weise herzustellen. Aber diese Weise widersprach aufs schärfste den dringenden Bedürfnissen der Zeit. Auf Illusionen beruhten seine Versuche, die elende deutsche Bundesverfassung zu verbessern und das Verfassungsversprechen von 1815 einzulösen durch eine Versammlung der vereinigten Provinziallandtage von 1847. Denn die stark aristokratische Zusammensetzung dieser Provinzialstände und die geringen Rechte, die er dem Vereinigten Landtage nur gönnte, genügten ganz und gar nicht den Ansprüchen auf Volksvertretung, die aus der sozialen Umschichtung des Volkes erwuchsen. Und im täglichen Leben spürte man noch überall den alten autoritär-militaristischen Polizeistaat, ungebrochen trotz der

einzelnen liberalen Zugeständnisse, die der König, mit der einen Hand gebend, mit der anderen wieder nehmend, machen konnte. Aber hinter der Auflehnung gegen sein persönliches, höchst zwiespältiges Regime und hinter allen einzelnen Unzufriedenheiten stand als tiefste Quelle das Gefühl, daß der preußische Militär- und Junkerstaat einer Wandlung von Grund aus bedürfe, daß der alte Obrigkeitsstaat einem neuen Gemeinschaftsstaate weichen müsse.

Und dies Gefühl, das zur Revolution trieb, wurde nicht etwa erst hervorgerufen, sondern nur mächtig aufgerührt durch die französische Februarrevolution und die jährlings nun in ganz Deutschland und selbst im Wien Metternichs ausbrechenden Einzelrevolutionen. Das merkwürdige Faktum, daß sie, ohne Widerstand zu finden, überall gleich siegten, zeigt doch, daß die moralische Position der Regierenden selbst schon merklich erschüttert war, daß sie den vollen naiven Glauben an die Lebensfähigkeit des Alten nicht mehr hatten, der nötig gewesen wäre, um die noch reichlich vorhandenen physischen Machtmittel der Regierungen gegen die Revolution auszuspielen. Als sie später merkten, daß diese Machtmittel noch vorhanden waren, haben sie entsprechend wohl auch gehandelt und Revolution durch Reaktion niedergekämpft. Aber damals, im März 1848, lagen sie, wie Friedrich Wilhelm IV. sich später ausdrückte, eben „alle auf dem Bauch“.

Er, der König, voran. Und dabei hatte er sogar am 18. März seine physischen Machtmittel, sein zuverlässiges Militär, mit Erfolg kämpfen lassen gegen die Barrikaden der Berliner. Dennoch ließ er es am folgenden Tage durch seinen eigenen Befehl dazu kommen, daß diese Truppen, unbesiegt, die von ihnen eroberte Innenstadt wieder verließen und ihn selber damit den schwersten Demütigungen von seiten der Aufständischen aussetzten. Wir lassen hier die verschlungene Problematik dieser Vorgänge, die von der Forschung immer wieder untersucht worden ist, ganz beiseite und betonen nur das eine: So widerspruchsvoll und schwächlich konnte kein Fürst handeln, der schlecht und recht und seelisch ungebrochen seine alte Welt gegen eine neue

Welt verteidigte. Diese neue Welt hatte sich in ihm selbst schon heimlich und unbewußt etwas eingenistet und sein Handeln zerteilt und geschwächt. Trotz aller Rückschläge, die noch kamen, mußte sie früher oder später einmal siegen und den monarchischen Obrigkeitsstaat durch irgendeine Form von Demokratie ablösen.

So darf man heute sagen, wenn man das ganze Jahrhundert überblickt, das uns von dem Jahre 1848 trennt, und an die Aufgabe denkt, die uns nun gestellt ist, nach Abwerfung aller Schlacken des Obrigkeitsstaates — das Dritte Reich war ja nur eine Afterform desselben — eine gesunde und lebensfähige Demokratie aufzubauen. Der leichte Sieg, den der Berliner Straßenkampf zwar nicht militärisch, aber politisch und psychologisch über die alte Militärmonarchie davontrug, war ein Symbol dafür, daß deren Untergang in den Sternen geschrieben stand, daß eines Tages die Volkssouveränität Wirklichkeit sein würde. Aber auch nicht mehr als ein Symbol war er. Denn sehr unreif und unfertig war noch die neue Welt, und viele unerschöpfte Kräfte und temporäre Siegesmöglichkeiten barg die alte. Bismarck und sein Werk sind ja aus ihr hervorgegangen, glänzend und temporär zugleich. Machen wir uns jetzt aber auch die Merkmale der Unreife, in der die neue Welt der Demokratie damals noch stand, klar.

Zunächst ein Blick auf Berlin. Die Barrikadenmänner des 18. März haben gewiß tapfer und erbittert gekämpft, erbitterter als die Pariser vorher am 24. Februar. So urteilte der Franzose Circourt, der als Vertreter seiner neuen Republik nach Berlin gekommen war und beide Straßenkämpfe mit angesehen hatte. Aber war es wirklich das ganze Berliner Volk, das hinter ihnen stand und ihren Kampf mit seinen Wünschen begleitete? Der alte Pastor v. Bodelschwingh, der Gründer von Bethel, der Sohn des Ministers, der den Rückzugsbefehl des Königs am 19. März zu verkünden hatte, schrieb mir, als ich 1902 ihn um Auskünfte über den 18. März bat: „Wir Knaben trieben uns den Sonntagmorgen (19. März) auf den Straßen herum. Es herrschte bei dem größeren Teil unserer Bevölkerung eine freudige Stimmung über

das Zurückwerfen des Aufruhrs, überall wurden die Truppen von den Häusern aus mit Nahrungsmitteln versorgt.“ Zwar tragen die meisten Einzelzeugnisse, die wir über den 18. und 19. März besitzen, etwas von der Farbe der Gesinnung, die der Zeuge hatte, und so darf man auch dies Bodelschwingsche Zeugnis nicht wörtlich nachsprechen. Aber noch weniger darf man es auch ganz verwerfen. Und ein Blick auf die Gesamthaltung des deutschen Bürgertums in den Jahren 1848/49 zeigt erst recht, daß es in breiten Schichten noch sehr ruhebedürftig und den alten Autoritäten ergeben war.

Man muß diese Frage vertiefen, um die rätselhafte Tatsache verständlich zu machen, daß diese ganze deutsche Revolution von 1848 im Anfang so leicht siegen und in ihrem weiteren Verlaufe dann mit verhältnismäßig geringer Mühe niedergeworfen werden konnte. Charakter, Gesinnung und Gesittung des damaligen deutschen Volkes und seiner verschiedenen sozialen Schichten müssen dazu erwogen werden. Und unser heutiges Bedürfnis, ein innerliches Verhältnis zu diesem ersten Versuche einer deutschen Demokratie zu gewinnen, führt erst recht auf diese Frage.

Das deutsche Volk war eben erst aus den Jahren des Denkens, Dichtens und Träumens in die Jahre des praktischen Schaffens und Strebens getreten. Aber das Denken und Träumen setzte sich auch im neuen Schaffen und Begehren noch fort. Dieser ideologische Grundzug ist allen Parteien und Schichtungen des Volkes gemeinsam, von Friedrich Wilhelm IV. und seinen frommen christlich-germanischen Freunden, den äußersten Spitzen der Reaktion, an bis zu den äußersten Spitzen der Revolution, den geisteskräftigen Verkündern des kommunistischen Manifestes von 1848, Karl Marx und Engels. Denn wirkte nicht in ihnen Hegel „aufgehoben“ weiter? War nicht in diesen beiden Denkern, die alles Ideologische nur als sekundäre Auswirkung wirtschaftlicher Entwicklungskräfte ansehen wollten, ideologisch eben der unbedingte Glaube an die Zukunftskraft der von ihnen aufgestellten Entwicklungsgesetze zu einer Zeit, in der sie selbst nur ein kleines Häuflein von

Anhängern fanden? Jedenfalls wird man ihnen einen starken Idealismus ebensowenig absprechen dürfen wie den Dahlmann und Gagern, den Vorkämpfern des liberalen Nationalstaats, und den Brüdern Gerlach, den Verteidigern eines gottgewollten Ständestaates.

Die deutsche Revolution von 1848 zeigt nun gewiß nicht nur allenthalben den oft über das Wirkliche hinwegfliegenden und ideologisch werdenden Idealismus, sondern auch — kausal noch mächtiger — das Wirkliche selber, die massiven und elementaren Interessen der Menschen und sozialen Gruppen, und weil es eine Revolution war, auch die Entfesselungen menschlicher Gemeinheit und Untaten aller Art, von rechts wie von links her verübt. Vergleicht man sie aber mit anderen Revolutionen — und nun gar der schimpflichsten aller Revolutionen, der von 1933 —, so gewahrt man, daß der Faktor der menschlichen Gemeinheit in ihr eine verhältnismäßig geringe Rolle gespielt hat. Daran kann nicht irre machen die Tatsache, daß die extremen Parteien sich gegenseitig mit Vorliebe die Anklage auf Gemeinheit zuschrien. Das war in großem Umfange „Greuellegende“. Weder gab es schlechthin eine „vertierte Soldateska“, noch schlechthin „Pöbel“ auf den Barrikaden und in den Freischaren Heckers und Struves. Das deutsche Volk, im ganzen gewertet, stand damals auf einem verhältnismäßig hohen sittlichen Niveau.

Die geistige Höhe der Goethezeit hatte dieses Volk freilich nicht mehr inne. Das war schon deswegen unvermeidlich, weil die drängende Aufgabe, eine neue politische und soziale Lebensform sich zu erobern, die Menschen mehr in Massen und Gruppen zusammendrängte und die innere Sammlung des Individuums in sich, aus der alle hohe Kultur hervorgeht, erschwerten. Aber nun kam es darauf an, ob es auch die für seine neue Aufgabe erforderliche Reife, Kraft, Einsicht und Ausdauer besitzen würde. Wohl war, wie wir sagten, ein kommender Sieg der neuen über die alte Welt, der Volkssouveränität über den Obrigkeitsstaat, in den Sternen geschrieben. Aber ob er schon jetzt errungen werden konnte? Der tatsächliche Mißerfolg der Revolution braucht

noch nicht notwendig als Beweis für die Unreife zu gelten. Denn Konstellationen von mehr zufälliger Art könnten ihn verursacht haben. Wie bitter ist schon damals darüber geklagt worden, daß gerade eine Persönlichkeit wie Friedrich Wilhelm IV. der Schicksalsmann der Revolution werden konnte, der sich zwar anfangs aus Schwäche ihr beugte, dann aber ihr zähe widerstand und durch die Ablehnung der Kaiserwürde am 3. April 1849 den Ruf der Nation, den liberalen Nationalstaat zu schaffen, verhallen ließ. Gewiß hätte ein anderer an seiner Stelle auch eine andere und vielleicht günstigere Lösung des deutschen Problems versuchen können. Dann hätte es aber schließlich wieder von der Weltlage abgehangen, ob sie gelungen wäre. Nehmen wir diese Frage später wieder auf, und fragen wir jetzt noch einmal: war denn das deutsche Volk schon reif?

Wesensanlage und geschichtliche Erlebnisse zusammenwirkend hatten es nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich in einem Grade zersplittert wie kaum ein anderes Volk Europas. Der fürstliche Territorialstaat, verhundertfacht bis zu lächerlichen Zwerggebilden und überall angewiesen auf einen ihm dienenden und dafür nach unten hin herrschenden Grundadel, war den Deutschen ins Blut gegangen, hatte sie gehorsam und politisch unselbständig gemacht. Wir sehen gerade in dieser Vervielfältigung des Obrigkeitsstaates die Hauptursache, weshalb die Mentalität dieses Obrigkeitsstaates so tief in die Poren des deutschen Volkslebens eingedrungen ist. Diese besondere Untertänigkeit gegenüber der Obrigkeit kann man als die Obödienzgesinnung unseres Volkes bezeichnen. Man vergleiche unser Volksleben nur mit dem Englands und Frankreichs, wo der Absolutismus der Krone — in England überhaupt nur ganz kurzlebig — wohl eine einheitliche Nation hat schaffen helfen, aber niemals ihr eine solche dauernde und intensive Obödienzgewöhnung hat beibringen können wie der verhundertfachte Kleinstaat den Deutschen. Wie weit nun eine ursprüngliche Wesensanlage dabei mitgewirkt hat, kann man nur eben vermuten. Etwa die Gefolgschaftsgesinnung, von der Tacitus uns erzählt? Aber

das Beispiel der deutschen Schweiz und ihrer geschichtlichen Entwicklung seit dem Mittelalter zeigt, daß auch noch andere Wesensanlagen politischer Art im deutschen Blute steckten. Frei von fürstlichen und darum starren Obrigkeiten, nur von patrizischen und dadurch auch biegsamen Obrigkeiten früher beherrscht, hat die Schweiz das ursprüngliche demokratische Prinzip ihrer Urkantone zum allgemeinen Prinzip ihres Gemeinwesens werden lassen und eine moderne Demokratie auf geschichtlicher Grundlage damit schaffen können. Nein, der Deutsche braucht als Deutscher nicht fatalistisch zu fürchten, auf Zeit und Ewigkeit zur Obödienzgesinnung des Obrigkeitsstaates verurteilt zu sein. Aber Zeit, viel Zeit kostet es, sie wieder loszuwerden. Der ethische Wert aber eines hingebenden Pflichtgefühls, den der preußische Obrigkeitsstaat dadurch auch zu entwickeln vermocht hat, ist von so allgemein menschlicher Art, daß er auch im demokratischen Gemeinschaftsstaate erblühen kann — sogar aus tieferer und humanerer Wurzel als im Obrigkeitsstaate.

Schlechtes und Gutes zugleich also erwuchs aus dieser Obödienzgesinnung, deren Ursprung vor allem doch wohl in der staatlichen Zersplitterung lag. Auch da, wo ein größeres Staatswesen sich bildete wie in Preußen, kam durch die extreme Anspannung dieser Obödienzgesinnung der Kontrast zwischen ihren schlechten und guten Auswirkungen besonders grell zur Erscheinung. Preußen, ein Staat mit zwei Seelen, die eine straff und engherzig, sich in sich selbst zusammendrängend, die andere kulturell lebendig, einen Dreibund von „Recht, Licht und Schwert“ (Boyen) erstrebend und in das weite deutsche Leben hineinwachsend, abstoßend und anziehend zugleich, wirkte es jetzt auf das übrige Deutschland. Aber wie verwirrend und zersplitternd mußte das nun wieder auf alle Willenskräfte der deutschen Revolution wirken! Die Einheitlichkeit des revolutionären Wollens, die zu einem Siege über die alte Welt erforderlich gewesen wäre, wurde dadurch von vornherein ungeheuer erschwert. Einheit, Macht und Freiheit zugleich begehrte wohl jetzt stürmisch das aus seiner bisherigen Obödienz sich

losreißende deutsche Volk — und zersplitterte sich dabei doch wieder nur von neuem, wenn es nach den Wegen suchte, auf denen sie zu gewinnen waren. Wie tief zersplitternd und lähmend hat nicht das österreichisch-großdeutsche Problem, die den einen vermeidlich, den anderen unvermeidlich erscheinende Opferung eines Bruderstammes und Zerreißung deutscher Volksgemeinschaft gewirkt und zu dem negativen Ausgange der Revolution beigetragen. Kaum nötig, auch noch der Partikularismen der deutschen Mittelstaaten zu gedenken. Es waren ja nicht nur die eigensüchtigen Triebe der Fürsten, ihrer Hofräte und Hoflieferanten, sondern auch Tendenzen in den Bevölkerungen selbst, bewußte wie unbewußte, die mit der neuen Sehnsucht nach Einheit in Konflikt gerieten.

Das waren die säkular erwachsenen, bis in das Mittelalter zurückgehenden Faktoren, die einen einheitlichen Revolutionswillen des deutschen Volkes von vornherein schwächten und zerteilten und vor nur durch schwere Opfer lösbare Probleme stellten. Hinzu aber kamen nun Probleme modernster Art, die aus der sozialen Neuschichtung entstanden. Wohl war derjenige Teil des Volkes, der aus der alten Obödienzgesinnung jetzt herausbrach und gegen Obrigkeitsstaat und nationale Zersplitterung aufbegehrte, enig in dem Rufe nach Einheit, Macht und Freiheit, aber trennte sich untereinander schon wieder in der Akzentuierung und Auslegung des einen oder anderen dieser drei Werte. Denn hinter der nationalen Revolution vollzog sich eine soziale Revolution, ein Klassenkampf zwischen den alten, neuen und neuesten sozialen Schichten -- wie am schärfsten damals Marx und Engels erkannten, die Vorkämpfer der neuesten, eben erst entstandenen und noch gar nicht sehr zahlreichen Schicht des Industrieproletariats. Zwischen dieser jüngsten und, wie Marx und Engels dogmatisch verkündeten, zukunftsreichsten Schicht und der bisher regierenden von Adel und höherem Beamtentum lagen die zwei deutlich voneinander unterschiedenen bürgerlichen Schichten von Großbürgertum und Kleinbürgertum, die eine neueren Datums, die andere recht alten

Datums, wenn auch nicht so alten Datums wie der Bauernstand auf dem Lande, der mit den Landarbeitern zusammen quantitativ noch die weit überwiegende Mehrheit des Volkes überhaupt ausmachte (auf fast $\frac{4}{5}$ berechnete sie damals der volkswirtschaftliche Ausschuß des Frankfurter Parlaments). Der Anteil der Landbevölkerung an der Revolution war gewiß nicht gering, schuf aber keine besonders schwierige Problematik für das Schicksal der Revolution im ganzen. Denn zunächst handelte es sich hier nur — da eine allgemeine Bodenreform durch Zertrümmerung des Großgrundbesitzes noch nicht ernstlich erstrebt wurde — um die Abschüttelung aller noch vorhandenen Feudallasten, die auf Bauernstand und Bauernland lagen. Das war eine verhältnismäßig einfache Aufgabe. Selbst konservative Staatsmänner hatten die Einsicht, daß sie jetzt gelöst werden mußte, und als die Bauern merkten, daß man an ihre Lösung ginge oder bald gehen würde, wurden sie wieder ruhiger. Von alter Obödienzgesinnung steckte ohnehin noch genug in ihnen. Der junge Bismarck konnte ja glauben, sie zur Konterrevolution benutzen zu können.

Die Hauptträger der revolutionären Bewegung aber steckten, außer in der Arbeiterschaft, im Kleinbürgertum. Handwerksgesellen und Arbeiter bildeten das Gros der Barrikadenkämpfer. Wären sie nicht aufgestanden, so wäre es überhaupt zu keiner Dynamik der Revolution gekommen, und wären alle Ideologen und Idealisten der allgemeinen Bewegung bis zum Großbürgertum herauf Offiziere ohne Soldaten geblieben — wäre kein Paulskirchenparlament, keine Reichsverfassung mit preußischem Erbkaisertum zustande gekommen. Dem Handwerk ging es damals schlecht in Deutschland. In der Paulskirche wurde erzählt, daß es eine kleine Stadt gäbe mit siebenzig Schneidern, von denen nur sieben Arbeit fänden. Man litt unter dem hie und da noch bestehenden Zunftzwang. Aber ein echt zünftlerischer Geist brach auch wieder aus in dem Verzweiflungskampfe brotlos werdender Gewerbe gegen die neue Maschine, in den Exzessen der Fuhrleute gegen die Eisenbahn und der Flußschiffer gegen die Dampfboote auf dem Rhein. Das waren

alles nur eben Symptome für die allgemeine Grundtatsache des 19. Jahrhunderts, daß die Maschine, die moderne Technik das ganze Leben der abendländischen Völker revolutionierte, indem sie neue Menschenmassen und neue ungeahnte Notstände dieser Menschenmassen schuf. Und der alte Obrigkeitsstaat zeigte sich hier auf lange hinaus außerstande, wirksam zu helfen. Seine Bürokratie war bald wohlmeinend, bald engherzig und pedantisch, seine Polizei quälerisch, sein Militär, obwohl die preußische Heeresverfassung in der Landwehr eine sehr volkstümliche Seite hatte, durch Hochmut und Drillgeist der Linie und ihrer Offiziere aufreizend und erbitternd. Demokratie als Heilmittel für alles, worunter man litt, war nun das Zauberwort, das durch das ganze, von Hause aus so ruheselige und nun so unruhig gewordene Kleinbürgertum hallte. Die Arbeiterschaft nahm es auf und fügte ihre eigenen sozialistischen Forderungen hinzu. Die Jugend der höheren bürgerlichen Schichten begeisterte sich vielerorts an ihm und brachte den idealen Schwung hinein. Es war freilich noch eine höchst unreife und primitive Demokratie, von der man träumte, mehr Negation des alten Obrigkeitsstaates als Position eines auf voller Gemeinschaftsgesinnung aller Schichten beruhenden Volksstaates. Und Mißtrauen und Hochmut der einen Schicht gegen die andere schied selbst diejenigen wieder voneinander, die sich eben noch gemeinsam gegen die alten Autoritäten aufgelehnt hatten. Machen wir diese und andere eben berührte Tatsachen uns anschaulich an den Erlebnissen des jungen Rudolf Virchow in den Berliner Märztagen.

Er war acht Tage vor dem 18. März aus Oberschlesien zurückgekehrt, wo er als Arzt die Epidemie des Hungertyphus zu beobachten Auftrag gehabt hatte. Er war entrüstet über die Unfähigkeit der Behörden, wirksame Hilfe zu schaffen und schon lange überzeugt von der Unhaltbarkeit des absolutistischen Regierungssystems. Er half am 18. März Barrikaden bauen und stellte sich selbst mit einer Pistole bewaffnet an die Barrikade, die die Friedrichstraße von der Taubenstraße sperrte. Sechs Tage später schon mußte er seinem Vater schreiben:

„Schon beginnt unter der Bürgerschaft (Bourgeoisie) die Reaktion gegen die Arbeiter (das Volk). Schon spricht man wieder von Pöbel, schon denkt man daran, die politischen Rechte ungleichmäßig unter die einzelnen Glieder der Nation zu verteilen.“ Aber die Volkspartei sei wach und mächtig und werde dahin sehen, „daß nicht eine Bourgeoisie die Früchte eines Kampfes genießt, den sie nicht geschlagen hat“.

Man sieht, wie nahe man damals in Berlin die Verwandtschaft mit den Vorgängen der beiden französischen Revolutionen von 1830 und 1848 empfand. Aber die Probleme der deutschen Revolution waren doch viel komplizierter als die der französischen. Denn die Sozialrevolution mit ihrem Klassenkampf verschlang sich bei uns mit der Nationalrevolution in einer Weise, die schließlich zum Scheitern beider Revolutionen führte. Frankreich hatte keine Nationalrevolution mehr nötig. Es hatte längst seine Einheit, und sein konzentrierter Machtwille ging ohne Schwierigkeit von einem Regime auf das andere hinüber. In Deutschland war beides erst mit unendlicher Mühe zu schaffen. Und dies Bedürfnis nach Einheit und Macht für das Ganze war ebenso elementar und geschichtlich tief verständlich wie der Schrei der bisher durch den Obrigkeitsstaat niedergehaltenen Volksschichten nach Freiheit und Gleichberechtigung im Innern. Dahlmann in Frankfurt meinte sogar, daß das Begehren des Deutschen nach Macht und Freiheit zur größeren Hälfte jetzt auf Macht, die ihm bisher versagte, gerichtet sei. Die verbrecherische Übersteigerung, die das Machtbedürfnis in Deutschland in unseren Tagen erfahren hat, darf nicht etwa zu einem Verdikt über den Machthunger der 48er verleiten. Denn dieser Hunger war ein echter Hunger nach Unentbehrlichem. Auch Goethe hat ihn einst nach der Schlacht bei Leipzig anerkannt. „Wissenschaft und Kunst“, sagte er damals zu Luden, „gehören der Welt an, und vor ihnen verschwinden die Schranken der Nationalität. Aber der Trost, den sie gewähren, ist doch nur ein leidiger Trost und ersetzt das stolze Bewußtsein nicht, einem großen, starken, geachteten und gefürchteten Volke anzu-

gehören.“ Im Grunde ging doch dasselbe Gefühl und eine verwandte Lebenserfahrung durch alles Begehren des Jahres 1848, durch das demokratische Freiheitsbegehren wie durch das nationale Einheits- und Machtbegehren. Heraus aus den einschnürenden und unerträglich gewordenen Banden der Vergangenheit, aus einem Kerker ohne Licht und Luft. Ebenso mißachtet und mißhandelt sich der kleine Mann in den Nöten seines täglichen Daseins durch den Obrigkeitsstaat überhaupt fühlte, ebenso mißachtet und mißhandelt fühlte sich der Weiterblickende als Glied der großen Volksgemeinschaft durch die quälerisch und oft lächerlich trennenden Grenzen der achtunddreißig großen und kleinen Obrigkeitsstaaten. Und ebenso mißachtet und beiseitegeschoben fühlte er sich und sein ganzes Volk inmitten der europäischen Staatenwelt.

Alle drei Begehren sollten nun, wie man gläubig hoffte, ihre Erfüllung finden durch die Frankfurter Nationalversammlung, die, aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht hervorgegangen, am 18. Mai zusammentrat. Achten wir auf ihre soziale Zusammensetzung — sie war merklich anders, als man nach dem demokratischen, von Frankreich her übernommenen Wahlrecht vermuten möchte. Kein Arbeiter gehörte ihr an, nur ein wirklicher Bauer, wenige Angehörige des kleinen Mittelstandes, aber viele Juristen und bekanntlich auch viele Professoren, und an Vertretern der Wirtschaft und Unternehmerkreise fehlte es nicht. Das zeigt den noch vorhandenen Respekt der unteren vor den oberen Schichten der Gesellschaft, vor den akademisch Gebildeten vor allem, vor dem, was man Großbürgertum nennt, überhaupt. Aber dieselben Massen, die ihre Stimmzettel jetzt für dieses abgaben, waren nun auch in einer schäumenden und tosenden Bewegung, die den großbürgerlichen Interessen und Idealen notwendig Sorge bereiten mußte. Man hatte die Stoßkraft dieser Bewegung gebraucht, um überhaupt nach Frankfurt in die Paulskirche zu gelangen. Aber nun galt es, sie zwar auch weiter zu benutzen als unentbehrliches Machtmittel gegen die Regierungen, aber auch in Schranken zu halten, um Anarchie und

Umsturz der sozialen Ordnung zu verhüten. Das Schreckbild der französischen Terreur von 1793 stand vor Augen.

Letzten Endes war es doch die kommunistische Gefahr, die dem ganzen, nicht nur großen, sondern auch kleinen Bürgertum zu drohen schien.

Wie auch das Kleinbürgertum sich von ihr bedroht fühlte, zeigt beispielhaft der blutige Zusammenstoß von Bürgerwehr und Arbeitern in Berlin am 16. Oktober 1848. Kommunistische Schlagworte und Forderungen erschollen aus den aufgeregten Massen. Das klar durchdachte Wollen eines Marx und Engels war zwar auf kleinste Kreise erst beschränkt. Aber die Existenz einer kommunistischen Bewegung überhaupt hat, tiefer gesehen, den Gang der Dinge im Jahre 1848 und zunächst schon die Haltung und Politik der Paulskirche vielleicht entscheidend bestimmt, mindestens mitbestimmt. Denn sie war es, die das

Bürgertum und seine Vertretung in den Mehrheitsparteien der Paulskirche immer wieder nach rechts zu einer Verständigung mit den alten Autoritäten und ihren militärischen Machtmitteln drängte, die es verhindern half, daß ein einheitlicher revolutionärer Wille im ganzen Volke erhalten blieb, dem die Regierungen sich vielleicht schließlich hätten fügen müssen. Wir gebrauchen das Wörtchen „vielleicht“, weil geschichtliche Fragen dieser Art nicht wie ein reines Rechenexempel behandelt werden dürfen, weil überall ein unbekanntes X die Rechnung da stört, wo es gilt, die geschichtliche Möglichkeit einer anderen Entwicklung als derjenigen, die wirklich eingetreten ist, zu erwägen.

Tatsächlich befanden sich jedenfalls die Parteien der Mehrheit, rechtes und linkes Zentrum, die den liberalen National- und Verfassungsstaat mit preußischem Erbkaisertum schaffen wollten, in einer überaus widerspruchsvollen und prekären Lage. Sie hatten die Machtmittel einer Revolution ebenso nötig wie die Machtmittel einer Konterrevolution. Und sie konnten und durften doch keines dieser beiden Machtmittel unbedingt und mit vollem Einsatz benutzen, ohne ihr Werk von Grund aus zu gefährden. Indem sie aber eine Mittellinie zu gehen versuchten und beide Machtmittel gleichzeitig oder abwechselnd

wirken ließen, kamen sie wiederum in die Gefahr hinein, selber machtlos zu werden und ihr Werk scheitern zu sehen an den Machtmitteln des Stärkeren der beiden Gegner — der Konterrevolution.

Dies ist ihr Schicksal, im großen gesehen, geworden. Weisen wir hier nur kurz auf die Hauptknotenpunkte hin, in denen es sich vollzog.

Von Frankreich war im Februar das Signal zur Revolution gegeben worden, von Frankreich wurde im Juni auch das Signal zur Konterrevolution gegeben. In dreitägiger furchtbarer Straßenschlacht warf Cavaignac die Arbeiterschaften von Paris nieder. Das deutsche Bürgertum atmete zwar auf, aber es trug Gewinn und Verlust zugleich davon durch das nun erfolgende Abebben der revolutionären Wogen auch in Deutschland — während es für die reaktionären Gewalten des Obrigkeitsstaates ein reiner Gewinn war. Mit den Chancen des Kommunismus sanken nun auch die Chancen des nationalen Liberalismus.

Derselbe dynamische Hergang vollzog sich dann im September. Der von der preußischen Regierung mit Dänemark abgeschlossene Waffenstillstand von Malmö, der die deutschen Ansprüche auf Schleswig schwer gefährdete, wurde von der entrüsteten Mehrheit der Paulskirche zuerst abgelehnt, dann kurz darauf, weil die Konsequenzen der Ablehnung sich als undurchführbar erwiesen, von der wieder kleinlaut gewordenen Versammlung angenommen. Und als nun ein Sturm von links her zum Straßenkampf in Frankfurt selbst führte und die Versammlung bedrohte, mußte sie sich die Hilfe preußischer und österreichischer Truppen (aus der Bundesfestung Mainz) gefallen lassen, um einen allgemeinen Abrutsch nach links zu verhüten. Wiederum stiegen die Chancen des Obrigkeitsstaates, sanken die Chancen des nationalen Liberalismus. Und noch tiefer sanken sie, als die Regierungen von Österreich und Preußen im Oktober und November aus eigener Kraft die aufsässige Demokratie in Wien und Berlin niederwarfen.

In solcher Konstellation entstand das Verfassungswerk der Frankfurter Nationalversammlung, abgeschlossen durch die Wahl des Königs von Preußen zum Erbkaiser am 28. März 1849 — gewiß ein stolzes Werk

edelsten nationalen und freiheitlichen Willens, aber ohne die Fundamente der Macht, die erforderlich gewesen wäre, um es gegen die partikularistischen und reaktionären Gewalten des Obrigkeitsstaates durchzusetzen. Es scheiterte sogleich an dem Nein, mit dem Friedrich Wilhelm IV. am 3. April 1849 auf das Angebot der neuen Krone antwortete, die ihm nur als ein Danaergeschenk der Revolution erscheinen konnte. Und als nun die wirkliche Revolution ihr Haupt wieder erhob und die Enttäuschung breiter Massen über den negativen Ausgang des Frankfurter Werkes sich in den Maiaufständen der Pfalz und Badens entlud, mußte das ebenfalls enttäuschte Bürgertum, um nicht ganz der Revolution und dem damit drohenden sozialen Umsturz zu verfallen, wiederum wie im September 1848 seine Anlehnung beim Obrigkeitsstaate suchen. Es hatte seine eigene Rolle als selbständiger Machtfaktor nun ausgespielt und mußte mit den eng bemessenen Rationen nationaler und liberaler Zugeständnisse zufrieden sein, die ihm die Einsicht der in Preußen Regierenden etwa noch gewähren wollte. Die Maiaufstände aber wurden ohne viel Mühe durch preußische Truppen niedergeworfen. Die Revolutionskämpfer, mochten es nun Idealisten aus bürgerlicher Bildungsschicht, kleine Leute des Mittelstandes oder Arbeiter sein, erwiesen sich als militärisch ganz unzulänglich gegenüber der zuverlässigen und disziplinierten Streitmacht des Obrigkeitsstaates.

An diesem Felsen zerbrach also die deutsche Revolution. Nur ein einheitlicher revolutionärer Wille, großes und kleines Bürgertum und Arbeiterschaft vereinend, hätte, wie wir schon sagten, einen anderen Ausgang erzwingen und die Obödienzgesinnung des Heeres derart lockern können, daß die alten Obrigkeiten zu Fall gekommen wären. Aber die soziale Neuschichtung des Volkes, die es innerlich spaltete, hat ja von vornherein die Bildung eines solchen revolutionären Einheitswillens unmöglich gemacht. Ohne diese soziale Umschichtung — aufstrebendes Großbürgertum, von Entwurzelung bedrohtes Kleinbürgertum, aufstrebende Arbeiterschaft — wäre auch die Revolution

unmöglich gewesen. So eigentümlich und tragisch ineinander verflochten war die innere Notwendigkeit dieser Revolution mit ihrem notwendigen Scheitern.

Wir haben mit Absicht hauptsächlich die Frage verfolgt, ob das Jahr 1848 dem deutschen Volke schon hätte den Gemeinschaftsstaat bringen können. Denn diese Frage ist es, die uns in der heutigen finsternen Lage vor allem auf dem Herzen brennt. Nur als ein echter und gesunder Gemeinschaftsstaat konnte Deutschland auch in Europa und in der Welt eine Stellung und Macht gewinnen, die in allen europäischen Krisen sich hätte behaupten können. Das Bismarcksche Reich, so großartig auch sein Unternehmen war, alte und neue Lebensmächte des Staatslebens und der Gesellschaft miteinander zu verbinden, hat es doch zu jener Gemeinschaftsgesinnung im ganzen Volke nicht bringen können, die den innersten Kitt des Ganzen und die Grundlage einer lebensfähigen Demokratie bilden muß. Man spricht seit Ranke so viel von einem Primat der auswärtigen Politik, der das innere Staatsleben letztlich forme und beherrsche. Ich glaube, daß diese Lehre, die einen unabweisbaren Wahrheitskern enthält, heute einer Revision und gewissen Einschränkung bedarf. Die Motive sowohl als die Wirkungen und Erfolge auswärtiger Politik, und zumal ob es dauernde oder nur momentane Erfolge sind, hängen doch in hohem Grade ab von der inneren Kohärenz und Standfestigkeit des sie übenden Staates, von der Art und dem Grade von Gemeinschaftsgesinnung, die ihn trägt. Das Bismarcksche Reich war zwar aufgebaut unter dem Primat der auswärtigen Politik, d. h. aus dem Bedürfnis, in der Mitte Europas einen starken und unabhängigen Machtstaat aufzurichten. Es fehlte ihm auch keineswegs an der Einsicht, daß dieser Machtstaat auch innere Kohärenz und Gemeinschaftsgesinnung besitzen müsse. Aber die Synthese von Obrigkeitsstaat und Gemeinschaftsstaat, die er herzustellen versuchte, hielt nicht vor in den Jahren der Entscheidung, als die Weltkriege kamen. Es war zu viel eben des Obrigkeitsstaates in seinem Werke geblieben.

Wie aber verhält sich, so müssen wir nun fragen, das Jahr 1848 zu dem Primat der auswärtigen Politik und überhaupt zu der Welt der europäischen Machtverhältnisse? Wir sahen bereits, daß man auch im Jahre 1848 sich die Aufgabe stellte, Deutschland zu einem Machtstaate zu erheben. Und dies Bedürfnis wurde nicht nur in den Reihen der bürgerlich liberalen Reformpartei der Erbkaiserlichen empfunden, sondern durchglühte auch, mehr oder minder bewußt, in hohem Grade das Wollen derer, die aus Deutschland „die eine und unteilbare Republik“ machen wollten. Machtpolitik, und zwar eine noch ganz unverantwortliche, wurde hier auch schon durch Wünsche und Gelüste in nicht geringem Umfange betrieben, nur eben eine solche, die der Demokratie helfen sollte. Krieg also als Mittel, um einen dauernden Friedenszustand demokratisch geeinter Völker Europas zu erkämpfen — man stößt oft genug auf den Gedanken, etwa in Freundschaft mit dem demokratischen Frankreich dem autokratischen Rußland auf den Leib zu gehen. Und forderte nicht in der Septemberkrise nach dem Malmöer Waffenstillstand gerade auch die Linke der Paulskirche die Fortsetzung des nationalen Krieges gegen Dänemark, der zu einem europäischen Kriege zu werden drohte? Und ein Karl Marx war der Meinung, daß ein Weltkrieg seiner Sache helfen müsse. Man griff also auch hier gern einmal, wenn auch zunächst nur mit kühnen Worten, an das Schwert, nur daß dies Schwert nicht mehr das der „vertierten Soldateska“ des Obrigkeitsstaates künftig sein sollte, sondern das einer Volkswehr. Wir erkennen jetzt, daß eine Weiterreibung, ein Sieg der Revolution im Innern Deutschlands in die Sturmschicht eines großen europäischen Krieges führen konnte — vielleicht mußte. Wiederum eine tief tragische Erkenntnis.

Diese Gefahr eines europäischen Krieges lag in der Tat wie eine schwere, dunkle Gewitterwolke über der ganzen Revolution des Jahres 1848 und selbst darüber hinaus noch. Alle im engeren Sinne nationalen Probleme dieses Jahres waren in hohem Grade kriegsgefährlich. Ein Krieg mußte ja gleich im April 1848 schon begonnen werden für die

Gewinnung Schleswigs, erweckte aber sofort in Rußland, England und Schweden Gegnerschaften, die diese Gewinnung schließlich auch verhindert haben. Das deutsch-polnische Problem der Provinz Posen führte zunächst schon zu blutigen Kämpfen innerhalb der Provinz selbst, hätte aber auch leicht zu einer russischen Intervention führen können. Die große Frage Österreich-Deutschland, die Verdrängung Österreichs aus dem von der Paulskirche erstrebten deutschen Bundesstaate, war erst recht mit der schweren Hypothek eines kommenden Krieges gegen Rußland und Österreich belastet. Und Frankreich? Hier war von vornherein die Überzeugung allgemein, daß ein geeintes und mächtiges Deutschland nicht geduldet werden dürfe. Die „Sicherheit“ Frankreichs, sagte man, sei dann bedroht. Ein neuer Kampf um die Rheingrenze war zu besorgen. Offensive und defensive Motive waren dabei im französischen Denken — wie vielleicht immer seitdem! — untrennbar miteinander verwoben. Aber waren sie es nicht auch vielfach im deutschen Denken? An expansionistischen Phantasien, zunächst nur einzelner, fehlte es auch hier nicht.

So barg die deutsche Revolution von 1848 und insbesondere das Werk der Paulskirche, die Reichsverfassung von 1849, kriegsrische Möglichkeiten, die durch das darauffolgende Jahrhundert zu Wirklichkeiten geworden sind und schließlich mit dem Zusammenbruche Deutschlands endeten. Damals blieben es nur Möglichkeiten, weil die deutsche Revolution, vom Dänenkriege abgesehen, intern verlief, weil sie intern schon gebändigt werden konnte durch den Einsatz der Machtmittel des Obrigkeitsstaates. Aber gebändigt wurden damit nicht nur die kriegsschwangeren Einheits- und Machttriebe, sondern auch die Freiheitstribe des deutschen Volkes, das Verlangen, ein Volks- und Gemeinschaftsstaat zu werden. Wiederum ein ganz tragischer und uns gerade heute erschütternder Zusammenhang.

Man kommt nicht darum herum, daß ein großer Teil dieser schweren Schicksalslast in der Existenz des preußischen Obrigkeits-, Militär- und Machtstaates lag. Nur er war, wie die Frankfurter Erbkaiserlichen

erkannten, dazu geeignet und berufen, die Einheits- und Machtwünsche der ganzen Nation zu erfüllen, aber auf Kosten ihrer Freiheitswünsche, wenn er blieb, was er war. Er war ja ein Zweiseelenstaat, aber das militaristisch-junkerliche Prinzip aus der Erbschaft Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen war stärker in ihm als das zum Gemeinschaftsstaate führende Prinzip der preußischen Reformzeit. blieb nun Preußen, was es war, auch in dem von ihm geeinten Deutschland, so war zu besorgen, daß das militaristisch-junkerliche Prinzip sich auch in diesem so oder so durchsetzen, daß nicht Preußen in Deutschland, sondern Deutschland in Preußen, wenn auch nicht formal, so doch innerlich aufgehen werde. Diese Gefahr haben die Frankfurter Erbkaiserlichen — wie ich vor vierzig Jahren genauer zu zeigen hatte — scharf erkannt und darum gefordert, daß Preußen seine staatliche Einheit opfern und sich in unmittelbare Reichsprovinzen auflösen solle. Das lehnte aber der stolze und starke Preußenwille kategorisch ab, und so mußten die Erbkaiserlichen, als sie dem König Friedrich Wilhelm IV. ihre Stimme gaben, mit der unsicheren Hoffnung sich trösten, daß die Macht der Zeit einst wirken und Preußen in Deutschland aufgehen lassen werde.

Die Macht der Zeit hat anders entschieden. Das militaristische Prinzip hat sich durch fast ein ganzes Jahrhundert noch behauptet, zuletzt hybrid übersteigert, und Preußen hat sich nicht von innen her aufgelöst, sondern ist von außen her zerschlagen worden. Die quälende Frage ist nun heute: Wird *Finis Borussiae* auch *Finis Germaniae* bedeuten? Machtstaat im alten Sinne wieder werden zu wollen, würde heißen, die Tragödie des verflossenen Jahrhunderts von neuem beginnen. Lernen wir endlich diesmal aus der Geschichte! Es müssen, um neuen Katastrophen zu entgehen, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa, ja für die ganze Welt neue Formen des Zusammenschlusses der Völker gefunden werden, und sie werden ja heute auch schon gesucht, um das sittlich Berechtigte und zeitlos Gültige am Machtbedürfnis eines Volkes zu sichern — das von uns angeführte

Goethewort von 1813 sprach es schon aus: Als Volk voll geachtet unter anderen Völkern, denen dieselbe Achtung gebührt, dazustehen. Ein „gefürchtetes“ Volk freilich wieder werden zu wollen, müssen wir schlechthin von uns weisen. Goethe sprach dieses Wort aus der damaligen Zeitlage heraus, in der die Völker und Staaten noch nicht einander trauen konnten. Heute aber ist es der geschichtliche Ruf der Stunde, die Furcht zu überwinden, Vertrauen unter den Völkern zu stiften und damit die Wurzel der Kriege auszurotten. In dieser immer noch unendlich und unsagbar schweren Aufgabe sehen wir auch ein bleibendes Vermächtnis des Jahres 1848. Unser Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe besteht darin, die deutsche Revolution jenes Jahres zu vollenden. Die schweren, durch Zeit und Schicksal bedingten Mängel, an denen sie litt und durch die sie scheiterte, haben wir uns ehrlich vor Augen geführt. Möge es uns als den durch Unglück reif Gewordenen endlich gelingen, das Ziel ihrer reinen und edlen Sehnsucht zu erreichen — die nationale Einheit im demokratischen Gemeinschaftsstaate.



Professor Friedrich Meinecke, am 30. Oktober 1862 in Salzwedel geboren, studiert von 1882 bis 1886 Geschichte und Germanistik in Berlin und Bonn. Von 1887 bis 1901 Archivbeamter beim Geheimen Staatsarchiv in Berlin. 1901 wird er als ordentlicher Professor der Geschichte nach Straßburg, 1906 nach Freiburg i. Br., 1914 nach Berlin berufen. Sein Wirken an der Berliner Universität endet im Jahre 1932. Mit wissenschaftlicher Forschungsarbeit beschäftigt, hat er seit kurzem wieder ein begrenztes Maß von Lehrtätigkeit übernommen.

Copyright 1948 by Lothar Blamvalet Verlag, Berlin-Wannsee. Alle Rechte besitzt der Verlag, er ist von der Amerikanischen Militärregierung zugelassen. Lizenz B 213. 1.—5. Tausend. Gedruckt im Februar 1948 im Druckhaus Tempelhof, Berlin.



636283

Meinecke, Friedrich
1848 [i.e. Achtzehnhundertachtundvierzig]

HG
M5144ac

**University of Toronto
Library**

**DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET**

Acme Library Card Pocket
LOWE-MARTIN CO. LIMITED

